

Kritische Würdigung des Prognos-Papiers vom 20. März 2008

„Regionalwirtschaftliche Auswirkungen einer Tagebau-Rekultivierung“

- ENTWURF -

**vorgelegt von der PROBIOTEC GmbH
am 26. Mai 2008**

Kapitel 1 bis 6 und Kapitel 8 bearbeitet von der PROBIOTEC GmbH
Kapitel 7 bearbeitet von der RWTH Aachen, Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie

PROBIOTEC
GmbH
CONSULTING FÜR UMWELT- UND BIOTECHNIK

RWTHAACHEN
UNIVERSITY

Inhaltsverzeichnis

1	ZUSAMMENFASSUNG	4
2	EINLEITUNG.....	6
3	NUTZUNGSEINSCHRÄNKUNG UND CHANCEN.....	7
3.1	Chancen der Verfüllungsvariante: Allein 40 ha Gewerbe und Industrie an der A4 bringen einmalige Effekte von 100 Mio. € und im Vergleich zur Variante See (100 %) pro Jahr 61 Mio. € mehr laufende Effekte.	7
3.2	Bevor die Voraussetzungen für attraktives Wohnen am (!) Wasser entstanden sind, hätte man bei einem Gewerbegebiet schon ca. 40 Mio. € einmalige Effekte und zusätzlich ca. 240 Mio. € laufende Effekte erzielt.	7
3.3	Durch die See-Variante würden fast nur Jobs für gering Qualifizierte geschaffen werden.....	8
3.4	Ein sich sukzessive füllendes Gewerbegebiet würde in den 20 Jahren bis zur vollständigen Befüllung des Sees zwischen 2045 und 2065 laufende Effekte von 1.000 Mio. € erwirtschaften.....	8
3.5	Mit einer Fertigstellung des Gewerbegebietes bis 2065 würden dort 1.600 hochwertige Arbeitsplätze geschaffen und dann jährlich 128 Mio. € umgesetzt.....	9
3.6	Ab dem Jahr 2065 sind die laufenden Effekte bei der Variante Verfüllung und kleinräumigen Gewerbe etwa doppelt so hoch wie bei der Variante See.....	9
3.7	Konkurrenzen.....	9
3.8	Die Variante See erschwert in dieser Region für alle Zeiten die Bereitstellung zusätzlicher Gewerbeflächen.	9
3.9	Freizeit/Tourismus und gewerblich-industrielle Nutzung stehen in direkter Konkurrenz zur Nutzung vorhandener Flächenpotentiale.	10
3.10	Der See wäre nicht mehr veränderbar, er würde den kommenden Generationen die Entwicklungsmöglichkeiten rauben.....	10
3.11	Die Variante See widerspricht allen heute vorherrschenden nationalen und europäischen Struktur- und wirtschaftspolitischen Handlungsstrategien.	11
4	KOSTEN UND RISIKEN	12
4.1	Die nächste Generation würde nicht an einem See, sondern mindestens 30 Jahre an einem Loch leben.	12
4.2	Variante See: Bevor die ersten Erlöse aus den Wohnansiedlungen kommen, müssen knapp 35 Mio. € an einmaligen und laufenden Kosten für Infrastrukturmaßnahmen von der öffentlichen Hand gestemmt werden.	13
4.3	Kommen die prognostizierten 4.200 Einwohner nicht, schrumpfen die einmaligen Effekte um 265 Mio. € (auf 42.200.000 € also auf 14 %).	13

4.4	Variante See: Die einmaligen Kosten zur Bereitstellung der notwendigen Wohninfrastruktur belaufen sich insgesamt auf 32,5 Mio. €.....	14
4.5	Während eines angenommenen Ansiedlungszeitraumes der 4.200 Einwohner (2060 - 2075) würden der öffentlichen Hand insgesamt schon 77 Mio. € Kosten entstehen.	14
4.6	See: Die laufenden Infrastrukturkosten einer Wohnnutzung im Zeitraum zwischen 2055 - 2085 betragen etwa 87 Mio. €.....	14
4.7	Die laufenden Infrastrukturkosten über einen Zeitraum von 10 Jahren sind für 50 ha Wohnnutzung im Vergleich zu einer gleich großen Gewerbeflächen mehr als 4 - mal so hoch.....	14
4.8	Ein Potenzial für Wassersportler würde lediglich für 20 Jahre bestehen.....	14
4.9	Die zusätzlichen laufenden Kosten der See-Variante für die öffentliche Hand belaufen sich bei Fertigstellung auf 3,3 Mio. € pro Jahr.....	16
4.10	In Zeiten raschen technischen und ökonomischen Wandels ist Anpassungsfähigkeit ein wichtiger Standortfaktor.....	17
4.11	Die Variante See gefährdet die Entwicklung des Gewerbe- und Industriestandorts schon heute.....	17
4.12	Die Schwächung des Standortes Düren durch die See-Variante wird nicht zu kompensieren sein.....	18
4.13	Der See verhindert die Schonung von Freiflächen, das „30 ha Ziel“ der Bundesregierung und seine Umsetzung in NRW werden unterminiert.....	18
4.14	Durch die See-Variante wird die Landwirtschaft für alle kommenden Generationen geschwächt.....	20
4.15	In Zukunft werden mehr landwirtschaftliche Flächen gebraucht.....	20
4.16	Wenn der See kommt, werden die Chancen deutlich gemindert, in seinem Umfeld weitere Gewerbegebiete auszuweisen.....	22
4.17	Die Schaffung von Wohninfrastruktur in der See Variante bedeutet für die öffentliche Hand ein größeres finanzielles Risiko als die Schaffung von Gewerbeflächen in der Verfüllungsvariante.....	23
4.18	Das Prognos-Papier schließt jede potentielle Nachfrage nach Gewerbestandorten im Jahre 2050 an der A4 kategorisch aus.....	23
5	GRUNDLEGENDE ANNAHMEN UND DATEN.....	24
6	KRITISCHE PRÜFUNG DES AUFBAUS UND DER METHODIK DES PROGNOSE-PAPIERS DURCH DIE RWTH AACHEN.....	26
7	QUELLEN:.....	28

1 Zusammenfassung

Im vorliegenden Argumentationspapier wird beispielhaft eine Quantifizierung von Chancen und Risiken einer Verfüllungsvariante mit einem gewissen Gewerbeanteil dargestellt, die seitens der PROBIOTEC GmbH erarbeitet wurde. Die hier getroffenen Annahmen sind konservativ, also „vorsichtig“ getroffen worden. Die Seevariante im Prognos-Papier zeichnet sich bei den getroffenen Annahmen durch eine verkürzte Betrachtungsweise aus, die den Zeitverlauf (heutiges Preis-/Mengengerüst), die Kosten und Risiken sowie die vielfältigen Konkurrenzsituationen (Wassernutzung Rur, Tourismus etc.) unzureichend berücksichtigt.

Es ist festzuhalten, dass eine heutige Festlegung für eine See-Variante **Freiheitsgrade zukünftiger Generationen** auf nahezu null reduziert, weil eine See-Nutzung für große Bereiche des Tagebaus Handlungsspielräume für andere Nutzungen ausschließt. Eine reine Fixierung auf Tourismus mit einem implizierten Imagewandel der gesamten Region könnte schon heute negative wirtschaftliche **Effekte** für die Region verursachen.

Das naiv gezeichnete Bild von einer Freizeit-dominierten Gesellschaft im Jahre 2065 führt im Vergleich zu einer Verfüllungs-Variante mit geringem Anteil Gewerbe und Industrie, trotz aller utopischer Annahmen, für die Region zu einem jährlichen Verlust von 28 **Mio.** € an laufenden Effekten (Seite 104: 100 Mio. € Variante See (Prognos-Papier) gegenüber 128 Mio. € Variante Verfüllung (PROBIOTEC), allein durch Gewerbe und Industrie).

Bevor bei der See-Variante die Voraussetzungen für attraktives Wohnen am Wasser entstanden sind, hätte die Region bei einer Verfüllung und einem kleinen Gewerbegebiet schon ca. 40 **Mio.** € einmalige Effekte und ca. **240 Mio.** € laufende Effekte erzielt.

Den 1.270 zusätzlichen, relativ gering qualifizierten und saisonalen Arbeitsplätzen für gering qualifizierte in der See-Variante, stehen **1.600 qualifizierte Arbeitsplätze im Gewerbe** nach einer Auffüllung gegenüber.

Die realistischen wirtschaftlichen Effekte bei der Variante Verfüllung (Annahmen PROBIOTEC) werden in der Beispielrechnung durch einen Flächenverbrauch von nur 40 ha erwirtschaftet, denen über 1.100 ha Flächenverbrauch eines potentiellen Sees mit zweifelhaften wirtschaftlichen Effekten gegenüberstehen. Die reine Fokussierung auf Tourismus am See schränkt die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises bzw. Mittelzentrums Düren stark ein: „Das ist für den Kreis Düren tödlich! (Herr Mannheims, oberster Wirtschaftsförderer der Stadt Düren).

Wenn für die See-Variante eine großräumige Wohnnutzung in Aussicht gestellt wird, bedeutet dies gleichzeitig eine Vorleistung der öffentlichen Hand von ca. **35 Mio.** €. Dieses Risiko tragen

die Bürger, denn das es tatsächlich zu der massenhaften Ansiedlung wohlhabender Familien kommt ist keineswegs sicher.

Die spekulative Variante See widerspricht somit nicht nur allen wirtschaftspolitischen und flächenrelevanten Zielen der Bundesregierung (30 ha Neufächeninanspruchnahme pro Tag; 2020), sondern bedeutet für die Region ohne eine zwingende Notwendigkeit ein Umweltrisiko, da der „Nachweis“ der Machbarkeit nur auf Prognosen beruht und Erfahrungen mit Seen dieser Größenordnung – anders als immer dargestellt – nicht vorliegen. Bei der Variante See ist weder ein fester Zeitrahmen gesichert, noch ein klares Ergebnis vorauszusehen. Man begibt sich ohne Zwang in ein unumkehrbares Abenteuer mit unkalkulierbaren wirtschaftlichen und ökologischen Risiken. Die Annahmen und Ergebnisse für die Variante Verfüllung mit gewissem Gewerbeanteil hingegen besitzen einen festen Zeitrahmen und sind relativ sicher absehbar.

Diese möglichen Umweltprobleme sind heute ökonomisch kaum belastbar abzuschätzen und können eine ganze Region auf Jahrzehnte wirtschaftlich schwächen und ein trostloses Image aufbauen, welches nichts mit den blühenden See-Landschaften von Prognos gemein hat.

„Wir haben zwar in den letzten Jahren relativ gleichbleibende Niederschläge gehabt, aber die Verdunstung ist durch die Klimaänderung, die Erwärmung sehr stark angestiegen. Damit bleibt immer weniger Wasser für die Grundwasserneubildung. Damit sinken auch automatisch die Wasserspiegel in den Seen.“

(Deutschlandradio - Kampf ums Wasser in Brandenburg, 19.03.2008)

Der Versuch, mittels des Prognos-Papiers die wesentliche Änderung einer Grundannahme des Braunkohleplans und damit die Erforderlichkeit seiner Änderung im Sinne von § 48 Landesplanungsgesetz zu belegen, ist demnach letztlich misslungen.

Die Darlegungen in diesem Papier, mit denen die größeren ökonomischen Effekte eines Sees gegenüber einer Verfüllung (Landnutzung) begründet werden, konnten widerlegt werden:

Bei Anwendung der gleichen Methodik wurden die stärkeren ökonomischen Effekte in einer Verfüllungsvariante unter Einbeziehung einer Gewerbegebietsausweisung im Umfang von 40 ha ermittelt. Im Ergebnis gilt also die Grundannahme des Braunkohleplans, dass eine Landfläche, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Nahrungsmittel und Energie, im Gegensatz zum Restsee alle Nutzungsmöglichkeiten und deren Veränderung eröffnet, unverändert fort.

Ein Erfordernis zur Änderung des Braunkohleplans ist somit hieraus nicht ableitbar.

2 Einleitung

Die Diskussion über das Für und Wider der Variante See und der Variante Verfüllung wurde schon beim Aufstellungsverfahren der heute rechtskräftigen Braunkohleplanung (BKP) zwischen den 1980er und 1990er Jahren geführt. Seitdem sind zu den vielfältigen Themenbereichen, die bei dieser komplexen Fragestellung betrachtet werden müssen, schon zahlreiche Argumente zusammengetragen worden (z. B. Beschlussvorlage zum Betreff: Änderung des Braunkohleplans Inden II der Stadt Düren, 03.04.2007), die mit dem vorliegenden Papier im Zusammenhang gesehen werden müssen.

Eine Zusammenschau und Abwägung aller relevanten Themenfelder und Argumente ist nicht das Ziel des vorliegenden Papiers, es stellt eine kritische Würdigung des o.g. Prognos-Papiers dar.

Der Fokus der Argumentationslinie liegt auf den regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der Variante See (Schwerpunkt Wohnen, Freizeit und Tourismus) und der von uns beispielhaft dargestellten Variante Verfüllung (Schwerpunkt Landwirtschaft und Gewerbe). Hier werden insbesondere die Nutzungseinschränkung und Chancen (Kapitel 3) sowie Kosten und Risiken (Kapitel 4) behandelt.

Entgegen der Auffassung im Prognos-Papier, bei der Verfüllungsvariante keinerlei Nutzungen für Gewerbe, technologieorientiertes Gewerbe und Dienstleistungen vorzusehen, werden diese Aspekte hier thematisiert. Aufgrund der Tatsache, dass bei der Variante See jegliche gewerbliche Entwicklung ausgeblendet wird, muss für einen sinnvollen Variantenvergleich der Aspekt des Gewerbes bei der Variante Verfüllung einbezogen werden. Ansonsten würde die Entwicklung des Kreises Düren unmittelbar an den Morgenthau-Plan von 1944 erinnern, der neben einer Teilung Deutschlands in einen Nord- und einen Südstaat eine vollständige De-Industrialisierung sowie einer Umwandlung in ein Agrarland vorsah.

Wie im Kapitel 6 „Grundlegende Annahmen und Daten“ verdeutlicht wird, entstammen alle von uns berechneten Zahlen einem von uns erstellten komplexen und flexiblen Rechenmodell dessen Basisannahmen zu Umsätzen und Kosten auf dem derzeitigen Stand der Technik beruhen. Mit nur einem Mausklick kann hier verdeutlicht werden wie stark sich die regionalwirtschaftlichen Auswirkungen verändern, wenn nur z.B. 50% der von Prognos angenommenen zusätzlichen Einwohner tatsächlich in die Region ziehen. Es können hier weiterhin problemlos Annahmen bzgl. Gewerbeflächengröße oder Ansiedlungszeiträumen für Wohn- oder Gewerbenutzungen und den entsprechenden Umsätzen und Kosten modelliert werden.

Aus heutiger Sicht ist es aufgrund des Betrachtungszeitraumes von über 50 Jahren und der Tatsache, dass das Prognos-Papier erklärtermaßen keine tauglichen Prognosen enthält, auch aus methodischer Sicht¹ nicht zu verantworten, heute schon eine endgültige Entscheidung **pro See - contra Verfüllung** zu treffen, welche den zukünftigen Generationen jeden Handlungsspielraum für immer aus der Hand nimmt. Darüber hinaus stellt sich die rechtliche Frage, ob sich die Rahmenbedingungen derart geändert haben, dass eine Neuaufstellung des Braunkohleplans zu rechtfertigen wäre.

3 Nutzungseinschränkung und Chancen

einmalige Effekte

- 3.1 Chancen der Verfüllungsvariante: Allein 40 ha Gewerbe und Industrie an der A4 bringen einmalige Effekte von 100 Mio. € und im Vergleich zur Variante See (100 %) pro Jahr 61 Mio. €² mehr laufende Effekte.
- 3.2 Bevor die Voraussetzungen für attraktives Wohnen am (!) Wasser entstanden sind, hätte man bei einem Gewerbegebiet schon ca. 40 Mio. € einmalige Effekte und zusätzlich ca. 240 Mio. € laufende Effekte erzielt.

Erste Gewerbeflächen können laut Prognos-Papier ab 2040 erstellt werden. Ein sich langsam entwickelndes Gewerbegebiet hätte in 15 Jahren (2055) eine ausgelastete Fläche von 20 ha. Erste infrastrukturelle Maßnahmen für eine potentielle Wohnnutzung werden erst ab dem Jahre 2055 durchgeführt.

¹ Die kritische Würdigung des grundsätzlichen, methodischen Ansatzes erfolgt in Kapitel 7.

² Aus Gründen der Vergleichbarkeit basieren alle monetären Annahmen wie im Prognos-Gutachten auf heutigen Preisen.

laufende Effekte

3.3 Durch die See-Variante würden fast nur Jobs für gering Qualifizierte geschaffen werden.

Die von Prognos angenommenen zusätzlichen 1.270 Arbeitsplätze im Bereich Tourismus und Freizeitwirtschaft erwirtschaften nur einen sehr geringen wirtschaftlichen Effekt von 50,3 Mio. € im Jahr. Dem gegenüber stehen 1.600 Arbeitsplätze in einem möglichen Gewerbegebiet, die direkt höher Qualifizierte bedienen und allein durch den höheren Umsatz von ca. 128 Mio. € (jährlich) gleichzeitig einen weitaus stärkeren Effekt auf die regionalwirtschaftliche Entwicklung ausüben.

Die Grundlage für diese Daten bildet die Wertschöpfung pro Arbeitnehmer, die im Tourismus bei knapp 40.000,- € pro Jahr (Daten Prognos), bei Gewerbe 80.000,- € pro Jahr (niedrig angesetzte Schätzung PROBIOTEC) liegt. Hinzu kommt der regionalwirtschaftliche Effekt auf die vor- und nachgelagerten Bereiche der Wertschöpfungskette, der durch Arbeitsplätze im (produzierendem) Gewerbe entsteht.

Falls die See-Variante durchgesetzt wird, müssen die Kinder und Enkelkinder der heutigen Generation die Region unter Umständen verlassen, um einer qualifizierten Arbeit nachgehen zu können.

(Siehe hierzu Abb. 37, Seite 104 und Abb. 38, Seite 106)

3.4 Ein sich sukzessive füllendes Gewerbegebiet würde in den 20 Jahren bis zur vollständigen Befüllung des Sees zwischen 2045 und 2065 laufende Effekte von 1.000 Mio. € erwirtschaften.

Wenn die Verfüllung des Sees im Jahre 2065 im optimalen Falle abgeschlossen sein wird, haben wir bei einem 40 ha großen Gewerbegebiet zwischen 2045 und 2065 schon laufende Effekte von 1.000 Mio. € erwirtschaftet.

(„Ende 2040 werden alle Straßen fertig gestellt sein“, siehe auch Abb. 21, S.35)

Je nach Verfüllungsvariante und Standort ist ab 2040 eine Bebaubarkeit möglich. Eine komplette Nutzung des Sees wäre, bei vollständiger Befüllung, frühestens im Jahre 2065 möglich.

3.5 Mit einer Fertigstellung des Gewerbegebietes bis 2065 würden dort 1.600 hochwertige Arbeitsplätze geschaffen und dann jährlich 128 Mio. € umgesetzt.

Die Erschließung eines möglichen Gewerbegebietes an der A 4 bei der Variante Verfüllung könnte im Jahr 2040 beginnen und bis zum Jahre 2065 abgeschlossen sein. Bei vorsichtigen Annahmen ist bis ebenfalls 2065 eine 100% Auslastung des 40 ha großen Gewerbegebietes zu erwarten.

3.6 Ab dem Jahr 2065 sind die laufenden Effekte bei der Variante Verfüllung und kleinräumigen Gewerbe etwa doppelt so hoch wie bei der Variante See.

Nach vorsichtigen Schätzungen werden die laufenden Effekte der Variante Verfüllung jährlich bei ca. 140 Mio. € (128 Mio. € Gewerbe + 11,4 Mio. € Ldw.) gegenüber 72 Mio. € Variante See liegen.

Konkurrenz/Gegenüberstellung

3.7 Konkurrenzen.

Die in diesem Bereich getroffenen Prognos-Annahmen sind schöngerechnet (alleine 1270 neue Arbeitsplätze –keine Vollzeitäquivalente- im Bereich Tourismus, Freizeit und Erholung) und negieren eine Vielzahl von Konkurrenzsituationen.

Im Bereich **Tourismus** sind die Konkurrenzen zum benachbarten Blaustein-See und zukünftigem Hambacher See auf der einen Seite sowie des Nordeifel-Tourismus auf der anderen Seite zu berücksichtigen.

Im Bereich der **Energie und Industrie** treten schon heute Konkurrenzen bei den Wasserrechten des Rur-Wassers auf (Kraftwerk Weisweiler, Papierindustrie, etc.). Es sind noch keine eindeutigen Aussagen von RWE getroffen worden, was mit dem Kraftwerk Weisweiler nach 2030 geschieht. Von Abbruch bis Weiternutzung sind alle Optionen offen.

3.8 Die Variante See erschwert in dieser Region für alle Zeiten die Bereitstellung zusätzlicher Gewerbeflächen.

Trotz der im Prognos-Papier aufgeführten Potentiale im Bereich Logistik und Gewerbe sowie der Aussage „*Gewerblich-industrielle Ansiedlungen sind für die Zukunftsfähigkeit der Region/ des*

Kreises von essentieller Bedeutung" (S. 67) wird eine mögliche gewerblich-industrielle Entwicklung in 50 Jahren mit der Aussage eine „Begründung für die Nutzung der rekultivierten Flächen als Gewerbestandort ist zum heutigen Zeitpunkt kausal nicht zu finden" (S. 64) von vornherein ausgeschlossen.

Beide Varianten sehen für das betrachtete Areal von 1560 ha keine gewerblich-industriell genutzten Flächen vor (S. 95 - 101). Im Prognos-Papier wird hierfür keine logische Herleitung geliefert. Aufgrund dieses elementaren Widerspruches nehmen wir in unserer Verfüllungsvariante die Möglichkeit einer gewerblich-industriellen Nutzung auf 40 ha beispielhaft an.

3.9 Freizeit/Tourismus und gewerblich-industrielle Nutzung stehen in direkter Konkurrenz zur Nutzung vorhandener Flächenpotentiale.

Freizeit und Gewerbe stehen aufgrund ihrer Nutzungsbedürfnisse um Natur und Fläche durchaus in Konkurrenz. Eine touristische Entwicklung würde aufgrund von bestimmten Nutzungsbedürfnissen gleichzeitig weitere gewerblich-industrielle Ansiedlungen erschweren, wenn nicht gar gänzlich verhindern (S. 65). Momentan werden im direkten Umfeld des Tagebaus das große Kraftwerk Weisweiler und eine Müllverbrennungsanlage betrieben, die regionsprägend sind (S. 66). Erneut ist hier zu bemerken (s. Kapitel 3.7 der vorliegenden Würdigung), dass noch keine Festlegung zum zukünftigem Umgang mit diesen Anlagen getroffen worden ist.

Heutige Freizeit- und Landschaftspräferenzen vorausgesetzt, würde der Restsee bei Erhalt oder Folgenutzung, insbesondere des Industriegiganten Weisweiler, im Vergleich mit den Eifelseen oder dem späteren Landschaftsraum Sophienhöhe - Hambach keine Chance für touristische Wertschöpfung bieten. Die Ansiedlung „wohlhabender" Kreise am Ufer des Restsees Inden II ist angesichts der konkurrierenden Lage Sophienhöhe - Hambach ohnehin illusorisch.

Allgemein

3.10 Der See wäre nicht mehr veränderbar, er würde den kommenden Generationen die Entwicklungsmöglichkeiten rauben.

Bei der heute verfügbaren Entscheidungsbasis ist die Entscheidung für den See aus reinem Gewissen nicht zu vertreten.

Für die Bewertung einer in knapp 60 Jahren anstehenden Entwicklung gibt es kein Prognoseinstrumentarium. Niemand wird ernsthaft die These aufstellen können, dass es - bezogen auf ein Zukunftsszenario für 2008 - Anfang der 1950er Jahre ein auch nur ansatzweise brauchbares Instrumentarium auf statistischer oder sonst einer Basis für eine solche Zukunftsvision gegeben hätte. Gleiches gilt aber eben heute genauso uneingeschränkt im Hinblick auf 2065.

Die Entscheidung über die Gestaltung der Wiedernutzung des Tagebaus muss die größtmögliche Zahl von **Freiheitsgraden** für die kommenden Generationen absichern. Basis dafür muss die Frage sein, welche Gestaltungsmöglichkeiten für die künftigen Generationen verbleiben, wenn man sich für eine Wasserfläche oder eine Landfläche entscheidet.

Im Prognos-Papier wird aber mit dem Wissen von heute der Einfachheit halber eine differenziertere Flächennutzung durch ein äußerst oberflächliches „Ausschlussverfahren“ als in 60 Jahren für unwahrscheinlich bzw. nicht erforderlich erklärt. Bei dieser Herangehensweise bleibt dann im Anschluss die unabweisbare Eindimensionalität der Wasserfläche für jede weitere Folgenutzung ohne argumentativen Belang. Eine Umgestaltung oder Umnutzung der Wasserfläche ist nämlich nicht (mehr) möglich. Wasser bleibt Wasser.

Die Ausformung als Landfläche (wie bisher geplant und auch dem ursprünglichen Zustand entsprechend) lässt hingegen, anders als in der Studie teilweise unterstellt, noch dauerhaft eine deutlich größere und vielfältigere Bandbreite einer sich verändernden Nutzungsbeanspruchung zu (z. B. Siedlung, Gewerbe, Sonderflächen). Hinweise auf aktuelle Nutzungseinschränkungen gemäß dem Stand der heutigen Planungsweisheit sind vor dem Hintergrund der zeitlichen Dimensionen weder sinnvoll noch überzeugend.

Selbst wenn sich auf Grund heute unvorhersehbarer Entwicklungen tatsächlich die Freizeitgesellschaft bis 2065 pandemisch als herrschendes Gesellschaftsmodell ausbreiten sollte, bietet die Verfüllung auch dann eine unvergleichlich größere Vielfalt an wasserwirtschaftlichen, wassersportlichen und touristischen Gestaltungsmöglichkeiten, insbesondere in Kombination mit dem unausweichlichen Großgewässer Hambach. Erst recht im Zuge der Verfüllung ist die Anlage von Gewässern und Seen in differenzierter Größenordnung für unterschiedliche Zwecke der Familienfreizeit denkbar und möglicherweise auch in 60 Jahren noch sinnvoll.

Diese Grundprinzipien führen dann auch für Inden II allein deswegen schon fast zwangsläufig zur Beibehaltung des bestehenden Braunkohlenplans.

3.11 Die Variante See widerspricht allen heute vorherrschenden nationalen und europäischen Struktur- und wirtschaftspolitischen Handlungsstrategien.

Die Europäische und nationale Wirtschaftspolitik wird in den nächsten Jahrzehnten „Stärken stärken“, Logistik-Korridore ausbauen und sieht im Bereich der Forschungs- und Entwicklung den wesentlichen Marktvorteil Europas gegenüber der weltweiten Konkurrenz. Dies spiegelt sich heute (Ziel-2 EFRE) schon in den vielfältigen Förderprogrammen der EU wieder. Dieser Trend wird sich in der Zukunft weiter verstärken.

Dies spiegelt sich in der **A4-Initiative** der Städte Düren, Eschweiler, Stolberg und Würselen, die die o.g. Aspekte umzusetzen versucht. Der Schwerpunkt bei dieser Initiative liegt in einer kooperativen Entwicklung in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Unternehmensansiedlung und Gewerbeflächenvermarktung über den gemeinsamen Ansatz der Logistik.

Selbst wenn die „mega optimistische“ PROGNOSE Variante See zuträfe, würden alleine durch ein 40 ha großes Gewerbegebiet in der Variante Verfüllung unter Berücksichtigung der Wertschöpfungskette vor- und nachgelagerte Wertschöpfungsbereiche etwa 400 qualifizierte Arbeitsplätze mehr geschaffen.

Laut Prognose würde eine Variante Restsee 1.660 Arbeitsplätze mehr schaffen, als eine Variante Verfüllung (S. 106). Ein 40 ha großes Gewerbegebiet wird bei vorsichtiger Prognose jedoch ca. 40 Arbeitsplätze pro ha schaffen, also insgesamt 1600 Arbeitsplätze. Hierdurch werden durch die Wertschöpfungskette auch Arbeitsplätze im Bereich technologie-orient. Gewerbe und Dienstleistungen entstehen, die bislang bei der Variante Verfüllung verneint worden sind. Es ist daher davon auszugehen, dass die Variante Verfüllung mit einem 40 ha Gewerbegebiet etwa 500 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen wird, also insgesamt etwa 2.100 und damit mindestens 400 Arbeitsplätze mehr, als bei einer Variante See.

4 Kosten und Risiken

Die im Prognose-Papier dargelegten Annahmen lassen vielfältige Kosten und Risiken völlig außer acht und sind daher untauglich. Sie rechnen die gewünschte Nutzung schön, blenden aber deren Risiken und Kosten aus. Diese Risiken werden hier unter verschiedenen Annahmen monetär abgebildet.

Einmalige Effekte

4.1 Die nächste Generation würde nicht an einem See, sondern mindestens 30 Jahre an einem Loch leben.

Das in Betracht gezogene zusätzliche Bevölkerungswachstum in der Region würde sich überwiegend erst nach der kompletten Befüllung einstellen. Ein Zuzug von 4.200 Einwohnern wird, wenn überhaupt in dieser Größenordnung, nicht bis zum Jahr 2065 erfolgen, sondern sich erst danach sukzessive über mehrere Jahre erstrecken.

4.2 Variante See: Bevor die ersten Erlöse aus den Wohnansiedlungen kommen, müssen knapp 35 Mio. € an einmaligen und laufenden Kosten für Infrastrukturmaßnahmen von der öffentlichen Hand gestemmt werden.

Ein realistisches Zeitfenster für die Bereitstellung notwendiger Infrastruktur für die geplante Wohnnutzung beträgt 15 Jahre (2060 - 2075). Eine einmalige Bereitstellung der Neubaugebiete ist aufgrund des vorhandenen Risikos fehlender Nachfrage nicht realisierbar. Es wird daher eine sukzessive Erschließung angenommen. Im Jahre 2075 wären die zusätzlichen Wohngebiete fertiggestellt.

4.3 Kommen die prognostizierten 4.200 Einwohner nicht, schrumpfen die einmaligen Effekte um 265 Mio. € (auf 42.200.000 € also auf 14 %).

Das Risiko, dass sich die mega optimistische Variante See nicht zu 100 % erfüllt, ist groß. Alleine wenn die 4.200 zusätzlichen Einwohner nicht kommen werden, was bis 2065 kaum prognostizierbar ist, reduzieren sich die einmaligen Effekte auf 42.200.000 €. Gleichzeitig bleibt die öffentliche Hand auf allen Investitions- und Folgekosten für die Infrastruktur, die vorab erstellt werden musste, sitzen.

	Variante See			Variante Verfüllung			Differenzbetrachtung 2065	
	einmalige Effekte (Investitionen) in €	laufende Effekte (Betrieb) in €	laufende Kosten in €	einmalige Effekte (Investitionen) in €	laufende Effekte (Betrieb) in €	laufende Kosten in €	einmalige Effekte (Investitionen) in €	laufende Effekte (Betrieb) in €
Freizeitwirtschaft (Therme / Hotel)	21.000.000	8.700.000		17.800.000	4.700.000		3.200.000	4.000.000
Tagesausflügler	15.700.000	21.675.000		0	2.312.000		15.700.000	19.363.000
Übernachtungsgäste	12.000.000	1.620.000		5.200.000	172.800		6.800.000	1.447.200
Wassersportler / Badegäste	21.000.000	3.980.000		0	0		21.000.000	3.980.000
Wohnen	0	0		0	0		0	0
technologie-orientiertes Gewerbe	1.200.000	10.000.000		0	0		1.200.000	10.000.000
Dienstleistungen	2.600.000	24.500.000		0	0		2.600.000	24.500.000
Landwirtschaft	2.700.000	1.000.000		11.000.000	4.000.000		-8.300.000	-3.000.000
gesamt	76.200.000	71.475.000	0	34.000.000	11.184.800	0	42.200.000	60.290.200

Quelle: Basis Daten aus Prognos-Papier S. 101 mit eigener Modellierung

Hinzu kommt die angesprochene Konkurrenzsituation mit den attraktiveren Gewässern, wie den Eifelseen und dem unausweichlichem Großgewässer Hambach, die sich aufgrund der industriellen Prägung von Restsee und Umgebung nachteilig für einen See Inden darstellen würde. Mit der eher attraktiven Siedlungsmöglichkeit in südexponierter Lage auf der Sophienhöhe besteht somit das Risiko des Totalausfalls der wohnungswirtschaftlichen Perspektiven wie sie im Prognos-Gutachten vorhergesagt werden, wenn keine gewerblichen Arbeitsplätze in der Nähe geschaffen werden.

- 4.4 Variante See: Die einmaligen Kosten zur Bereitstellung der notwendigen Wohninfrastruktur belaufen sich insgesamt auf 32,5 Mio. €.

Laufende Effekte

- 4.5 Während eines angenommenen Ansiedlungszeitraumes der 4.200 Einwohner (2060 - 2075) würden der öffentlichen Hand insgesamt schon 77 Mio. € Kosten entstehen.

Die ersten Kosten für die Bereitstellung neuer Infrastruktur (80%) entstehen schon ab dem Jahr 2055. Von diesem Zeitpunkt an entstehen laufende Kosten (Betrieb und Instandhaltung, Abschreibungen, Finanzierungen etc.). Zur Bereitstellung der gesamten Infrastruktur für 4.200 neue Einwohner müssen von der öffentlichen Hand einmalig 32,5 Mio. € investiert werden. Zwischen dem ersten Spatenstich 2055 und der kompletten Besiedlung entstehen der öffentlichen Hand insgesamt laufende Kosten von 44,6 Mio. €.

- 4.6 See: Die laufenden Infrastrukturkosten einer Wohnnutzung im Zeitraum zwischen 2055 - 2085 betragen etwa 87 Mio. €.

Die laufenden Infrastrukturkosten legen die Kommunen zum größten Teil auf die Grundstückseigentümer und diese auf die Mieter / Bewohner um. Schon eine minimale Reduzierung der angenommenen Einwohnerzahl führt in diesem Bereich zu Kosteneffekten, die der Markt nicht aufnehmen wird und somit die Kommunen tragen werden müssen.

- 4.7 Die laufenden Infrastrukturkosten über einen Zeitraum von 10 Jahren sind für 50 ha Wohnnutzung im Vergleich zu einer gleich großen Gewerbeflächen mehr als 4 - mal so hoch.

Die laufenden Infrastrukturkosten für alle 4.200 zusätzlichen Einwohner betragen in 10 Jahren 33,7 Mio. €. Dem gegenüber betragen die laufenden Infrastrukturkosten für ein 50 ha großes Gewerbegebiet nur 7,6 Mio. €.

- 4.8 Ein Potenzial für Wassersportler würde lediglich für 20 Jahre bestehen.

Der Restsee Hambach wird den Inden-See nach zwanzig Jahren zum Pleite-Objekt werden lassen. Das Prognos-Papier zieht untaugliche Vergleiche und geht nicht ausreichend auf Konkurrenzsituationen in unserer Region ein:

Aufgrund diverser etablierter Konkurrenzstandorte ist das Potenzial für Wassersport grundsätzlich als niedrig einzustufen. Sehr kritisch wird die Situation zum Zeitpunkt der Nutzung des Hambach-Sees, der zwischen 2085 und 2100 gefüllt sein soll, da ein Großteil der Wassersportler den Standort wechseln würde.

Die im Prognos-Papier aufgezeigten Beispiele aus anderen Regionen Deutschlands sind, was die Ausbildung der Seen anbelangt, nur äußerst eingeschränkt mit der Indener Situation vergleichbar. Zunächst einmal handelt es sich bei allen angeführten Beispielen um großflächige und regional bestimmende Planungen: es geht um Seenlandschaften, Seenketten, Regionen, die ein touristisches Profil entwickelt haben bzw. entwickeln sollen. So gesehen entstünde in Inden nur ein „einsames Wasserloch“ in „Seegröße“.

Auf einem See herumzufahren ist langweilig.

Mit dem für die entstehende (Lausitzer) Seenkette vorgelegten touristischen Wirtschafts- und Nutzungskonzept wird belegt, dass die wirtschaftliche Ertragskraft weitestgehend abhängig ist von der durch die Schiffbarmachung erreichbaren besonderen Attraktivität. Hauptkriterien für die Attraktivität sind laut Gutachten die Aufnahmefähigkeit an Sportbooten - hauptsächlich Segel- und Motorschiffe - sowie die Durchlasskapazität der Verbindungen innerhalb der Seenkette. Das Gutachten hat die Empfehlung ausgesprochen, durch bergbauliche, landschaftsbauliche und technische Modellierung die Vorzüge der zu schaffenden barrierearmen großen Wasserlandschaft zu nutzen. (Brandenburg 2004).

Im Fränkischen handelt es sich um Mitnahmeeffekte bei einer ohnehin erforderlichen wasserbaulichen bzw. wasserwirtschaftlichen Maßnahme. Zudem ist die Einbettung in ein landschaftliches und touristisch vorgeprägtes Umfeld gegeben, das den Charme der Jülicher Boerde deutlich überstrahlt.

Die Fallstudien aus Ostdeutschland beziehen sich auf ehemalige Tagebauflächen, bei denen man mit den entstandenen Massendefiziten fertig werden musste und dabei mit der Aufgabe konfrontiert wurde, nicht bzw. wenig überplante „Mondlandschaften“ (nach einer jahrelangen weitgehend ungestörten Ruhephase für Flora und Fauna) in einem ökonomisch völlig daniederliegenden Landstrich wiederzubeleben.

Zudem zeigt das schöne Gesicht der Entwicklung in der Lausitz bereits die ersten hässlichen Falten, was PROGROS verschweigt oder aber nur unzureichend recherchiert hat. Zum einen funktionieren bislang nur wenige Seen wirtschaftlich erfolgreich, da sie noch gar nicht so lange am Markt sind; zum anderen beginnt zwischen den Anliegergemeinden nun ein erbitterter Streit um die zeitliche Berücksichtigung der einzelnen Projekte. Investitions- und Folgekosten werden

darüber hinaus ganz überwiegend von den beteiligten Bundesländern sowie aus EU - Fördermitteln bestritten.

Einzelmaßnahmen in Inden profitieren aktuell (EUREGIONALE/INTERREG) zwar auch aus solchen Fördertöpfen. Gemessen an den aufzuwendenden Investitionen handelt es sich dabei aber nur um den berühmten Tropfen auf den heißen Stein. Auch lehrt die Erfahrung, dass, nachdem der Glanz des Neuen von den diversen „Attraktionen“ abbröckelt, in der Regel eine rückläufige Entwicklung der Besucherzahlen einzusetzen pflegt: nicht umsonst runderneuern die großen Freizeitparks ihre Attraktionen innerhalb von fünf Jahren nahezu vollständig, damit sie überhaupt weiter am Markt bestehen können.

Ebenso fehlt es in den Beispielen aus dem Osten an im Tourismus heimischen und gewachsenen konkurrierenden Wasserflächen oder großen Freizeiteinrichtungen im unmittelbaren oder näheren Umfeld, wie dies um Inden beispielsweise mit den Maasplassen, den Eifelstauseen oder Phantasia-land sogar aktuell schon der Fall wäre.

Im Sinne der Erreichbarkeit und der Nähe zu den Ballungsräumen Rhein - Ruhr gerät mit der Fertigstellung der beiden Großseen die Indener Wasserlandschaft dann aber in eine problematische „Lage der zweiten Reihe“, wobei erschwerend hinzukommt, dass diese neuen Seen ein weitaus größeres Angebots- und Nutzungspotenzial entwickeln könnten und zudem die Fehler der ersten, das heißt der Indener Seegeneration, relativ zeitnah vermeiden könnten.

Auch muss sich der Kreis Düren sehr gut überlegen, ob er innerhalb des heutigen Kreisgebietes, da der Hambacher See wohl unvermeidlich sein dürfte, eine **mehrfache Zerschneidung des Kreises** durch große und miteinander konkurrierende Wasserflächen zulassen sollte. Somit würde langfristig etwa die Hälfte des momentan bestehenden Einzugsbereichs der Stadt Düren verloren gehen.

Ein allenfalls vorübergehendes Alleinstellungsmerkmal ergibt sich für den Indener See von daher, zu welchem Zeitpunkt auch immer, auf keinen Fall. Er ist vielmehr von vorneherein einem mehrfachen, sich nach kurzer Zeit ganz erheblich steigerndem innerregionalen Konkurrenzdruck ausgesetzt, der sich aufgrund der durch die Bevölkerungsentwicklung bedingten, zukünftig sinkenden Nutzerzahlen weiter verschärfen würde.

4.9 Die zusätzlichen laufenden Kosten der See-Variante für die öffentliche Hand belaufen sich bei Fertigstellung auf 3,3 Mio. € pro Jahr.

Die Kommunen und Ortsteile müssen für die Erschließung der Wohngebiete für die von Prognos angenommenen zusätzlichen 4.200 Einwohner in Vorleistung treten. Neben den einmaligen Kosten für die Erstellung bzw. den Ausbau der benötigten technischen und sozialen Inf-

rastruktur in Höhe von **gut 30 Mio. €** fallen durch Finanzierungs- und Betriebskosten immense jährliche Belastungen in Höhe von dann **etwa 3,3 Mio. €** für den kommunalen Haushalt an (eigene Berechnungen PROBIOTEC).

Allgemein

4.10 In Zeiten raschen technischen und ökonomischen Wandels ist Anpassungsfähigkeit ein wichtiger Standortfaktor.

Im Zuge einer fortschreitenden Globalisierung nimmt die Konkurrenz zwischen den Wirtschaftregionen der Erde zu. Nur die Regionen mit einem hohen Maße an Flexibilität werden sich die Chancen auf wirtschaftliche Prosperität erhalten können. Die Standortvorteile der Region durch die Stärken im Bereich Forschung und Entwicklung (S. 13) sowie durch ein gewerbe- und industriefreundliches Image können ohne Flächenreserven nicht genutzt werden und fließen damit in benachbarte Regionen ab.

4.11 Die Variante See gefährdet die Entwicklung des Gewerbe- und Industriestandorts schon heute.

Aufgrund der Tatsache, dass durch die Variante See, insbesondere für den Kreis Düren, die Handlungsspielräume für neue Industrie- und Gewerbeflächen massiv eingeschränkt werden, wird es nahezu unmöglich, Potentiale in diesem Bereich auszubauen. Es wird im Prognos-Papier ausdrücklich darauf hingewiesen, dass ein Imagewandel hin zu Freizeit- und Tourismus das Image des Kreises im Wettbewerb um Ansiedlungen im industriellen Bereich behindert.

„Sehr wohl gilt es zu diskutieren, ob die Entwicklung des „Inlandes“ mit einem freizeitorientierten See das Image des Kreises als traditionellen Industriestandort beeinträchtigt und im Wettbewerb um Ansiedlungen im industriellen Bereich behindert.“ (S. 66)

Eine mögliche Entscheidung für den See in diesem Jahr 2008 könnte für die ansässige Industrie ein Signal darstellen, die Region etwa bei Erweiterungswünschen schon in den nächsten Jahren zu verlassen. Die Aussicht hier ansässige Unternehmen ohne Flächenreserven in der Region zu halten würde sich stark verschlechtern, Neuansiedlungen wären nahezu unmöglich. Es ist somit nicht auszuschließen, dass sich von dem Zeitpunkt der Festlegung auf die Variante See die wirtschaftliche Entwicklung der Region verschlechtern wird.

Die Schlussfolgerungen aus dem in Kapitel 2 des Prognos-Papiers dargestellten Stärken des Kreises in den Bereichen FuE, Logistik und Gewerbe sind widersprüchlich, da in der weiteren Argumentation des Prognos-Papiers eine schwerpunktmäßige touristische Nutzung präferiert

und eine gewerblich-industrielle Entwicklung in den Varianten See wie auch Verfüllung ausgeschlossen wird.

Ergänzend muss hier auch auf die touristische Konkurrenz für den Südkreis hingewiesen, welcher in diesem Bereich große Potentiale aufweist, aber wenige alternative Entwicklungsmöglichkeiten besitzt.

4.12 Die Schwächung des Standortes Düren durch die See-Variante wird nicht zu kompensieren sein.

Durch einen See gehen sämtliche alternative Nutzungsoptionen verloren, was den Standort Düren nachhaltig schwächen würde. Mögliche Unternehmensgründungen aus dem Bereich Forschung und Entwicklung der RWTH Aachen und des Forschungszentrums Jülich werden dann nicht am attraktiven Standort der A 4 möglich sein. Wissen wird so aus der Region fließen.

4.13 Der See verhindert die Schonung von Freiflächen, das „30 ha Ziel“ der Bundesregierung und seine Umsetzung in NRW werden unterminiert.

Im April 2002 hat die Bundesregierung im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für die Neuflächeninanspruchnahme die Zielsetzung formuliert, die Ausweisung von Siedlungs- und Verkehrsflächen bis zum Jahr 2020 auf 30 ha pro Tag zu begrenzen, der Koalitionsvertrag von November 2005 hat dieses Ziel bekräftigt.

Das MUNLV (2008b) bestätigt, dass Flächen und Böden in einem dicht besiedelten Land wie Nordrhein-Westfalen eine knappe und wertvolle Ressource. Es werden daher nachhaltige Konzepte für den haushälterischen Umgang mit Freiflächen und für die intelligente Wiedernutzung von Brachflächen gefordert. Ein breites Bündnis namens „Allianz für die Fläche“ in NRW arbeitet intensiv an dieser Aufgabe. Gleichzeitig gibt es auf der Bundesebene den Förderungsschwerpunkt REFINA: eine „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement“.

Zitat Staatssekretär Dr. Schink am 03.03.2008 in der Sitzung des Regionalrates): „Auf Initiative von Minister Uhlenberg hat die Umweltministerkonferenz der Länder im November 2007 das Ziel des Nachhaltigkeitsrates und der Bundesregierung zur Senkung des Flächenverbrauchs (höchstens 30 ha täglich bis 2020) übernommen. Das bedeutet für NRW einen Zielwert von ca. 5 ha täglich gegenüber derzeit ca. 15,5 ha im langfristigen Trend“ (MUNLV 2008a).

Diese Aussagen werden auch durch entsprechende gesetzliche Vorgaben untermauert. Die Vernichtung bzw. Nichtwiederherstellung von Böden verstößt gegen das Landesbodenschutzgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LBodSchG) vom 9. Mai 2000, Darin: § 1 Vorsorgegrundsätze

- (1) Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden, dabei sind Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Böden, welche die Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 des Bundes-Bodenschutzgesetzes im besonderen Maße erfüllen (§ 12 Abs. 8 Satz 1 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung), sind besonders zu schützen.

- (2) Nach Maßgabe des Bundes-Bodenschutzgesetzes, dieses Gesetzes sowie der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen sind
 1. Vorsorgemaßnahmen gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen, insbesondere durch den Eintrag von schädlichen Stoffen, und die damit verbundenen Störungen der natürlichen Bodenfunktionen zu treffen,

 2. die Böden vor Erosion, vor Verdichtung und vor anderen nachteiligen Einwirkungen vorsorglich zu schützen.

Vor dem Hintergrund dieser Aussagen wird deutlich, dass ein See, neben den heutigen wirtschafts- und strukturpolitischen Strategien, auch die übergeordneten Zielsetzungen von Bund und Ländern hinsichtlich des zukünftigen Umgangs mit Fläche konterkarieren würde.

Flächen sind wertvoll – heute und in Zukunft!

Aus diesen Gründen verbietet es sich, bereits heute schon wertvolle Flächenressourcen und –kontingente ohne jegliche Notwendigkeit dem Nutzungskreislauf (für Landwirtschaft, Wirtschaft, Freiflächen etc.) zu entziehen. Zudem würde in diesem Zusammenhang ein See nur sehr geringe ökologische Werte erzeugen.

Konkurrenz

4.14 Durch die See-Variante wird die Landwirtschaft für alle kommenden Generationen geschwächt.

Nur bei einer Verfüllung und mit dadurch verfügbaren neuen Flächen für Gewerbenutzungen wird es möglich sein, zukünftig landwirtschaftlich hochwertige Böden woanders zu schonen.

Denn alle anderen Flächenausweisungen außerhalb des Verfüllbereiches würden hochwertige Ackerböden vernichten und daher zukünftig nicht mehr zulässig sein.

Das gesamte Prognos-Papier orientiert sich an landwirtschaftlichen Gutachten, die nur bis zu einem Zeitraum 2014/2019 reichen, da in diesem Gutachten weitergehende Prognosen für unmöglich angesehen werden.

Die aktuellen Entwicklungen in der Landwirtschaft lassen auf einen baldigen Paradigmenwechsel schließen. Im Zuge ansteigender Produktionskosten wird die ortnahe Produktion weiter an Bedeutung gewinnen und sich so auch in einer Neubewertung der landwirtschaftlichen Flächen niederschlagen (Schlagworte: Welternährungskrise, steigender Energiebedarf, etc.).

4.15 In Zukunft werden mehr landwirtschaftliche Flächen gebraucht.

Im April 2002 hat die Bundesregierung im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für die Neuflächenneuanspruchnahme die Zielsetzung formuliert, die Ausweisung von derzeit 117 ha auf 30 ha pro Tag zu reduzieren. Das Marktgefüge (Angebot und Nachfrage von Flächen und Nahrungsmitteln) ist bereits heute empfindlich gestört.

Mais, Weizen und Reis wurden um 180 Prozent teurer. In den vergangenen zwei Monaten explodierten die Preise geradezu: So legte der Reispreis um 75 Prozent zu, der von Weizen um 120 Prozent. Beim Mais sieht es ähnlich aus.

Gleich eine ganze Reihe von Faktoren haben zu der Krise geführt. So nimmt die Weltbevölkerung jährlich um 75 Millionen zu. Die landwirtschaftliche Produktion hält damit aber nicht Schritt - auch verursacht durch zunehmende Umweltkatastrophen wie Dürren und Fluten, die durch den Klimawandel bedingt sind. Hauptverantwortlich für die Krise ist nach Ansicht des Chefs der Food and Agriculture Organisation, Jacques Diouf, jedoch der gigantisch gewachsene Bedarf Chinas und Indiens. Der wachsende Reichtum in diesen Staaten aber auch in weiteren Schwellenländern wie Brasilien oder Indonesien führt beispielsweise dazu, dass mehr Fleisch gegessen und mehr Milch getrunken wird. Immer mehr Äcker werden zu Viehweiden, deren Ertrag - in Kalorien gerechnet - wesentlich geringer ist. Um ein Kilo Rindfleisch herzustellen

len, werden sechs Kilo Mais benötigt. Und nach Berechnungen des Washingtoner International Food Policy Research Institutes (IFPRI) wird der Bedarf an Fleisch sich bis zum Jahr 2025 verdoppeln. China hat fast ein Viertel der Weltbevölkerung zu ernähren, aber nur sieben Prozent der Anbauflächen. Ähnlich ist die Situation in Indien. Beide Länder müssen Nahrung in großem Stil importieren.

Aber auch die gestiegene Nachfrage nach Biotreibstoffen - bedingt durch den hohen Ölpreis und umweltpolitische Ziele - wird für die Krise mitverantwortlich gemacht. Für IWF-Chef Dominique Strauß-Kahn ist die Umwandlung von Flächen zur Nahrungsmittelproduktion in Flächen, die für Biokraftstoff bereitgestellt werden sollen, ein "Verbrechen an der Menschheit". Die Umweltschutzorganisation Greenpeace, sonst ein Befürworter grüner Kraftstoffe, hat vorgerechnet, dass für eine Tankfüllung Ethanol Getreide benötigt wird, von dem ein Mensch ein ganzes Jahr leben kann. Der vom Weltklimarat empfohlene Plan, die Beimischung von Biosprit in Tanks bis 2020 zu verdoppeln, führt nach Berechnungen des IFPRI allein zu einem Anstieg der Maispreise um weitere 72 Prozent.

(Der Verlust der Nutzungsoptionen schränkt auch nachhaltig die Chancen der Landwirtschaft ein. Vor dem Hintergrund explodierender Nahrungsmittelpreise und steigendem Bedarf an Biokraftstoffen dürfen der Landwirtschaft keine Flächen entzogen werden.)

Handelt es sich nur um eine kurzfristige Krise?

Fest steht: Dies ist nicht nur ein akuter Engpass, sondern eine weltweite, fundamentale Krise. "Dies ist nicht mehr nur ein Übergangsphänomen, sondern das könnte eine sehr grundsätzliche Problematik sein, mit erheblichen Auswirkungen auf Schwellen- und Entwicklungsländer und die Ernährung der Menschen", sagte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück auf der Frühjahrstagung von Weltbank und des Internationalen Währungsfonds. Die Welternährungsorganisation rechnet in den kommenden zehn Jahren mit einem anhaltenden Aufwärtstrend bei den Nahrungsmittelpreisen.

Agrar-Reformen heute bereits absehbar:

Angesichts der Nahrungsmittelkrise haben Landwirtschaftsexperten eine Neuausrichtung der globalen Landwirtschaft gefordert. Weltweit müssten Anbaumethoden verändert werden, um Arme besser zu versorgen und der Gefahr sozialer Unruhen zu begegnen, heißt es im Bericht des Weltagrarrates, der in Paris vorgelegt wurde. Konkret fordern die Experten die Rückkehr zu traditionellen Anbaumethoden - mit herkömmlichen Produktionsweisen, angestammtem Saatgut und natürlichem Dünger.

Erster Bericht des Weltlandwirtschaftsrates Der Rat ist ein UN-Projekt - ähnlich dem Weltklimarat - und wurde 2002 in Johannesburg in Leben gerufen. Ihm gehören 400 Regierungs- und Industrievertreter und Agrarexperten an. Deutschland ist nicht in dem Gremium vertreten.

"Business as usual" sei keine Option mehr, heißt es in dem Bericht. Angeprangert werden vor allem der industrielle Intensivanbau in Monokulturen und die Tatsache, dass dies mit gentechnisch veränderten Pflanzen geschieht. Diese Anbaumethoden haben zwar die Produktion gesteigert, den Preis aber müssten einfache Bauern, Arbeiter, ländliche Gemeinden und die Umwelt bezahlen. Der Rat fordert in seinem Papier deshalb die Umstellung auf eine "multifunktionale" Landwirtschaft, die den Erhalt und die Erneuerung von Wasser, Böden, Wälder und Artenvielfalt in den Mittelpunkt rückt.

Klimawandel und Landwirtschaft:

Laut Umweltbundesamt 2005 wird bis 2080 in Deutschland eine deutliche Erwärmung von etwa 1,8-3,6°C eintreten. Es wird mit zunehmend wärmeren, feuchteren Wintern und heißeren, trockeneren Sommern gerechnet. Rückgang der Niederschläge um ca. 30 %. Eine höhere Temperatur hat aber auch eine beschleunigte Zersetzung und Mineralisierung organischer Substanzen im Boden zur Folge. Daraus resultiert ein Rückgang an Kohlenstoffvorräten und somit ein Verlust an Bodenfruchtbarkeit. Bis 2100 wird mit einem Rückgang von 20 – 30 %, möglicherweise auch bis 60 % gerechnet. Zudem kommt noch eine steigende Gefahr an Pflanzenkrankheiten und -schädlingen, welche von höheren Temperaturen profitieren.

Daraus folgt, dass die Produktivität der Landwirtschaftlichen Böden sinken wird, also braucht man mehr davon. Durch die See Variante jedoch würden ca. 1100 ha hochwertiger Böden unwiderruflich verloren gehen.

4.16 Wenn der See kommt, werden die Chancen deutlich gemindert, in seinem Umfeld weitere Gewerbegebiete auszuweisen.

Der Kreis Düren trägt das bedeutende Risiko der Variante See wohingegen die Nachbarkreise ihre Chance auf kommende wirtschaftliche Entwicklungen beibehalten.

Die Prognosen bei der Variante See im Bereich Wohnen und Tourismus sind gemäß eines Zeitraumes von 60 Jahren und mangelnder Berücksichtigung existierender und zukünftiger Konkurrenz mit einem großen Risiko behaftet.

Die Chancen einer zukünftigen gewerblichen Entwicklung in den nächsten 30 - 60 Jahren wird anscheinend nicht gesehen und mit der Variante See für alle Ewigkeit verworfen. Zukünftige

mögliche Entwicklungschancen im Bereich Gewerbe und Industrie werden den Nachbargemeinden überlassen.

Die Aussage eine „*Begründung für die Nutzung der rekultivierten Fläche als Gewerbestandort ist zum heutigen Standpunkt nicht kausal zu finden*“ (S. 64) widerspricht der Aussage „*Gewerblich-industrielle Ansiedlungen sind für die Zukunftsfähigkeit der Region/ des Kreises von essentieller Bedeutung*“ (S. 67). Es ist jedenfalls heute nicht möglich eine potentielle Nachfrage eines Gewerbestandortes im Jahre 2040 kategorisch auszuschließen.

4.17 Die Schaffung von Wohninfrastruktur in der See Variante bedeutet für die öffentliche Hand ein größeres finanzielles Risiko als die Schaffung von Gewerbeflächen in der Verfüllungsvariante.

Wohnflächen führen nur zu einmaligen Effekten während Gewerbeflächen einmalige und hohe laufende Effekte ausüben. Selbst wenn ein Teil der Gewerbeflächen ungenutzt bleibt, würden die laufenden Effekte die anfallen Infrastrukturkosten mehr als ausgleichen

4.18 Das Prognos-Papier schließt jede potentielle Nachfrage nach Gewerbestandorten im Jahre 2050 an der A4 kategorisch aus.

Dies ist nicht sachgerecht und nimmt den kommenden Generationen alle Chancen belastet sie jedoch mit den Risiken.

5 Grundlegende Annahmen und Daten

Annahmen Prognos-Papier

Annahmen Prognos für See-Variante im Jahr 2065 / positive monetäre Effekte			
Tourismus und Freizeitwirtschaft	potenzielle Touristen	#	3.400.000
	zusätzliche Tagesausflügler	# / a	750.000
	zusätzliche Übernachtungsgäste	# / a	22.500
	Segler	# / a	1.300
	Badegäste	# / a	66.000
	laufende Effekte Tagesausflügler	€ / a	21.675.000,00
	laufende Effekte Übernachtungsgäste	€ / a	1.620.000,00
	laufende Effekte Badegäste und Wassersportler gesamt	€ / a	3.980.000,00
	laufende Effekte Ausflugsstschiff	€ / a	1.350.000,00
	laufende Effekte Therme und Wellness-Hotel	€ / a	8.700.000,00
	einmaliges Investitionsvolumen Übernachtungsmöglichkeiten	€	12.000.000,00
	einmaliges Investitionsvolumen Wassersport	€	21.000.000,00
	einmaliges Investitionsvolumen kleinteilige Infrastruktur	€	15.700.000,00
	einmaliges Investitionsvolumen Therme und Wellness-Hotel	€	21.000.000,00
Einwohner	Arbeitsplätze Tourismus und Freizeitwirtschaft	#	1.030
	zusätzliche Einwohner	#	4.200
	zusätzlich benötigte Fläche für die Einwohner	ha	50
	einmaliges Investitionsvolumen Bau	€	264.600.000,00
Gewerbe / Industrie <i>Diese Annahmen wurden von Prognos NICHT mit in die Varianten einbezogen !!!</i>	nutzbare Gewerbeflächen <u>Eschweiler/Inden</u>	ha	24,4
	einmalige Bauinvestitionen	€ / ha	2.500.000,00
	einmaliger ökonomischer Effekt Gewerbe/Industrie	€	67.000.000,00
	laufende Effekte Gewerbe/Industrie	€ / a	1.850.000.000,00
Dienstleistungsunternehmen	zusätzliche Dienstleistungsunternehmen	#	23
	Umsatz / Arbeitnehmer / Unternehmen	€ / a	108.000,00
	einmaliges Investitionsvolumen Bau	€	2.600.000,00
	laufende Effekte	€ / a	24.500.000,00
technologieorientiertes Gewerbe	zusätzliche Technologieunternehmen	#	34
	einmaliges Investitionsvolumen Bau	€	1.200.000,00
	laufende Effekte	€ / a	10.000.000,00
Landwirtschaft <i>von 2040 bis 2065</i>	verfügbare Fläche	ha	370
	einmalige Effekte	€	2.700.000,00
	laufende Effekte	€ / a	1.000.000,00

Annahme Variante Verfüllung mit Gewerbe (PROBIOTEC)

Annahmen PROBIOTEC für den Zeitraum von 2035 bis 2085 / positive monetäre Effekte / Kosten für die öffentliche Hand			
Grundlegende Annahmen	Beginn infrastrukturelle Maßnahmen (Kosten) öffentliche Hand für Gewerbegebiet <i>2040-2045: 5ha / 2045-2050: 5ha / 2050-2055: 10ha / 2055-2060: 10ha / 2060-2065: 10ha</i>	2040	
	Beginn Investitionen Gewerbegebiet <i>2045-2050: 5ha / 2050-2055: 5ha / 2055-2060: 10ha / 2060-2065: 10ha / 2065-2070: 10ha</i>	2045	
	Beginn laufende Effekte Gewerbegebiet <i>2045-2050: 5ha / 2050-2055: 5ha / 2055-2060: 10ha / 2060-2065: 10ha / 2065-2070: 10ha</i>	2045	
	Beginn infrastrukturelle Maßnahmen (Kosten) öffentliche Hand für Wohngebiet <i>2055-2060: 40ha / 2060-2065: 5ha / 2065-2070: 5ha</i>	2055	
	Beginn Investitionen Wohngebiet <i>2060-2065: 10ha / 2065-2070: 25ha / 2070-2075: 15ha</i>	2060	
	Beginn laufende Effekte Wohngebiet	-	
	Fertigstellung infrastrukturelle Maßnahmen öffentliche Hand für Gewerbegebiet	2065	
	Fertigstellung infrastrukturelle Maßnahmen öffentliche Hand für Wohngebiet	2070	
	komplette Auslastung Gewerbegebiet	2065	
	komplette Auslastung Wohngebiet	2075	
	POSITIVE MONETÄRE EFFEKTE		
	Gewerbe / Industrie		
	Größe Gewerbegebiet an der A4	ha	40
	Arbeitsplätze im Gewerbegebiet	# / ha	40
Umsatz / Arbeitnehmer / Unternehmen	€ / a	80.000,00	
einmalige Bauinvestitionen	€ / a	2.500.000,00	
Arbeitsplätze	#	1.600	
einmalige Bauinvestitionen	€	100.000.000,00	
laufende Umsätze	€ / a	128.000.000,00	
<i>hier Umsätze, keine "Effekte"</i>			
KOSTEN FÜR DIE ÖFFENTLICHE HAND			
Wohnen (50ha)			
Gesamtherstellungskosten technische/soziale Infrastruktur	€	-32.504.250,00	
reine laufende Kosten technische Infrastruktur	€ / a	-603.700,00	
reine laufende Kosten soziale Infrastruktur	€ / a	-2.131.200,00	
Gewerbe / Industrie (40ha)			
Gesamtherstellungskosten technische Infrastruktur	€	-12.000.000,00	
reine laufende Kosten technische Infrastruktur	€ / a	-524.000,00	

6 Kritische Prüfung des Aufbaus und der Methodik des Prognos-Papiers durch die RWTH Aachen

Im Prognos-Papier wird der Versuch unternommen „Regionalwirtschaftliche Auswirkungen einer Tagebau-Rekultivierung“ im Jahre 2065 aufzuzeigen.

Heutige vergleichbare Prognosen, in der Regionalplanung, gehen selten über einen Zeitraum von 10 – 15 Jahren hinaus, erhöht sich doch mit jedem weiteren Jahr die ohnehin schon hohe Fehlerwahrscheinlichkeit exponentiell.

Die **zeitliche Dimension** des Prognos-Papiers von ca. 60 Jahren führt, für die dort getroffenen Annahmen, zu mehreren methodischen Problempunkten, welche im folgenden kurz thematisiert werden sollen.

Der **kategorische Ausschluss einer zukünftigen Flächeninanspruchnahme** durch etwa Gewerbe, bei einer möglichen Verfüllung des Tagebaus, und eine Reduzierung möglicher Nutzungen im Jahre 2065 auf die Landwirtschaft, Freizeit und Tourismus ist sehr spekulativ und mit einer exorbitanten Fehlerwahrscheinlichkeit zu belegen.

Die Basis für die im Prognos-Papier getroffenen Annahmen, sowohl bei der Variante Verfüllung als auch der Variante See, erfolgen aufgrund einer Ausweitung kurzfristiger Prognosen auf 60 Jahre; dies ist methodisch nicht haltbar.

Im Rahmen eines möglichen Restsees werden Vergleiche zu, mit EU Fördergeldern (für Investitions- und Folgekosten) versehenen, Tagebaurestseen in Ostdeutschland und Seenlandschaften mit touristischem Profil gezogen, welche aufgrund der Unterschiedlichkeit der Ausgangssituationen kaum belastbar bzw. nicht vergleichbar sind. Trotz Fördergeldern ist die Wirtschaftlichkeit von Tagebaurestseen in Ostdeutschland nur in gewissem Maße möglich.

Zur Untermauerung der Annahmen verweist das Prognos-Papier häufig auf das sog. **Benchmarking**, was unter methodischen Aspekten bei einem Prognosezeitraum von nahezu 60 Jahren problematisch ist. So ist es nahezu unmöglich Entwicklungsprognosen, welche in 60 Jahren eintreffen sollen, in ihrer Wertigkeit mit gerade abgeschlossenen bzw. in den nächsten Jahren abzuschließenden Projekten zu belegen.

Das Prognos-Papier macht zu den errechneten Umsätzen keinerlei Aussagen über Eintrittswahrscheinlichkeiten, sondern schränkt Annahmen und Aussagen durch Formulierungen wie „nicht genau“, „nur in etwa beurteilen“, etc. ein. Aufgrund des großen Zeithorizonts von 60 Jahren hätte man zur Aussage von Eintrittswahrscheinlichkeiten wenigstens die

recht zuverlässige Schwankungsbreite von Bevölkerungsprognosen in das Untersuchungsspektrum intensiver einbeziehen müssen.

Obwohl das Prognos-Papier darauf hinweist, dass Annahmen immer wieder hinterfragt, evaluiert und neu skaliert werden müssen, präferiert es aufgrund der angeblich größeren Wirtschaftlichkeit die Variante See, welche unumkehrbar ist und dem Grundprinzip widerspricht, künftigen Generationen einen möglichst großen Gestaltungs- und Handlungsspielraum bei der „Wiedernutzbarmachung“ zu ermöglichen.

Generell ist die Fokussierung des Prognos-Papiers auf die Hauptuntersuchungsaspekte: Wasserfläche mit Wohnen, Freizeit und Tourismus versus Verfüllung mit Landwirtschaft methodisch und inhaltlich nicht nachvollziehbar. Ein Wirtschaftlichkeitsvergleich dieser ungleichen Annahmen ist unter den heutigen wirtschaftlichen Trends wenig sinnvoll, präferieren diese doch automatisch die Variante See.

Nicht nachvollziehbar ist zudem die fehlende Berücksichtigung wirtschaftlicher Risiken sowie entstehender Kosten für die verschiedenen Nutzungen.

Inhaltlich wie methodisch weist das Prognos-Papier wie o.g. diverse Schwachpunkte auf, welche dessen Aussage bzgl. der regionalwirtschaftlichen Auswirkungen einer Tagebau-Rekultivierung als nicht belastbar einordnen.

7 Quellen:

AGIT 2007: Pressemitteilung „Mit der A4-Initiative auf der Überholspur“. Aachen

Thoben, C. 2006: Rede anlässlich der Informationsveranstaltung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen zum zukünftigen Ziel 2-Programm (EFRE) 2007-2013 am 24.08.2006. Düsseldorf

Merkel, A. 2008: Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel - Eröffnung Hannover Messe am 20.04.2008

Bundesregierung 2008: Mittelstandspolitik, Deutschlands Stärken stärken (22.04.2008), <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/ThemenAZ/Mittelstandspolitik/mittelstandspolitik-mittelstandspolitik-deutschlands-staerken-staerken-2006-08-17,layoutVariant=Druckansicht.html>

Schuster 2006: Stellungnahme zum Gutachten „Energie- und regionalwirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle in Ostdeutschland“ der prognos AG von Dipl.-Ing (FH) René Schuster, Mitglied des Braunkohlenausschusses Brandenburg Cottbus, 2.5.2006, erstellt für die GRÜNE LIGA Brandenburg e.V., Lindenstraße 34, 14467 Potsdam, www.grueneliga.de

Brandenburg 2004: Landtag Brandenburg Drucksache 3/7629, 3. Wahlperiode „Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 2812 der Abgeordneten Dr. Esther Schröder Fraktion der SPD Drucksache 3/7490 „Lausitz Initiative sowie touristisches Wirtschafts- und Nutzungskonzept für die entstehende Lausitzer Seenkette“

Grüne Liga 2008: Neue Löcher braucht das Land? Ein Hintergrundpapier zur Braunkohlepolitik in Brandenburg, GRÜNE LIGA Brandenburg, Facharbeitskreis Braunkohle, c/o: Lindenstraße 34, 14467 Potsdam, 2008

NRW 2000: Landesbodenschutzgesetz

Mrasek 2008: Klimawandel heizt Deutschland besonders ein, Volker Mrasek, Spiegel online 2008

Stadt Düren - Amt für Stadtentwicklung - Abteilung Umwelt 2007: Beschlussvorlage zum Betreff: Änderung des Braunkohleplans Inden II (Restsee) - Stellungnahme im Beteiligungsverfahren

Umweltbundesamt 2005: Presseerklärung Nr. 48/2005: Spürbarer Klimawandel auch in Deutschland: Höchste Zeit zur Anpassung

Umweltbundesamt, Kompass 2008: Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung, <http://www.anpassung.net>

MUNLV 2006: Allianz für die Fläche, Auftaktveranstaltung am 09. Mai 2006 in Neuss, Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

MUNLV 2008a: Rede von Staatssekretär Dr. Alexander Schink am 3.03.2008 in der Sitzung des Regionalrates NRW

MUNLV 2008b: Einladung von Staatssekretär Dr. Alexander Schink zur REFINA-NRW-Regionalkonferenz am 8.05.2008 in Bochum

Netzauftritte

dradio.de

<http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/laenderreport/752760/>

Zugriff am 24.04.2008

abenteuerwissen.zdf.de

<http://abenteuerwissen.zdf.de/ZDFde/inhalt/1/0,1872,7162881,00.html>

Zugriff am 24.04.2008